

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 10

Ersteinst. Sonntags.
Zugpreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug.
Vorfellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 9. März 1924

Verlagsstelle: Berlin G 2, Dreifisch 89 IV.
Fernruf: Westar 8520.
Anzeigen werden nicht abgelesen.

40. Jahrgang

Gewerkschaften und Sozialpolitik.

Von Th. Leipart.

I.

Die Gewerkschaften sind durch die Marktfatastrophe des letzten Halbjahres 1923 nicht nur in ihrer Kampfkraft geschwächt, sondern im eigentlichen Sinne des Wortes in ihrer Existenz bedroht gewesen. Diese Zeit der finanziellen Wehrlosigkeit hat die deutsche Schwerindustrie, ermutigt durch die erstarkende politische Reaktion, dazu benützt, in wiederholten Angriffen Breche zu schlagen in die Rechte der Arbeiterschaft. Der im Oktober unternommene Versuch der Fehdenbesitzer, auf dem Wege des Diktats in bewußtem Bruch des Abkommens vom 15. November 1918 den Achtstundentag zu beseitigen, fand freilich nicht die Unterstützung loyal gesinnter Unternehmer, die diesen offenen Wortbruch nicht mitmachen wollten. Ebenso stieß er auf den Widerstand der Reichsregierung, denn er widersprach den Gesetzen. Immerhin war er kennzeichnend für das Machtgefühl, das bestimmte Unternehmergruppen, vor allem der Schwerindustrie, besaßen. Sie glaubten, sich nicht nur über die Gewerkschaften, sondern auch über den Staat hinwegsetzen zu können. Ihr Ziel war im Grunde das gleiche, was Stinnes in seiner berühmten Rede im Reichswirtschaftsrat im November 1922 ausgesprochen hatte: Verbilligung der Produktion durch unbezahlte Mehrarbeit von zwei Stunden. Die Unternehmer haben versucht, dieses Ziel auf drei Wegen zu erreichen: 1. durch Abschaffung des achtstündigen Arbeitstages; 2. dadurch, daß die Mehrarbeit nicht als Ueberstundenarbeit bezahlt wurde, und 3. durch gleichzeitigen Abbau der Löhne.

Die Beseitigung des Achtstundentages ist ihnen nicht so gelungen, wie sie es gewünscht haben. Eine der Ursachen für diesen teilweisen Mißerfolg ist, daß die schlimmste politische Reaktion durch das Wünschener Abenteuer sehr an Kredit verloren hat. Infolgedessen können auch die wirtschaftlichen Reaktionen nicht alles, was sie möchten. Eine andere, wesentliche Ursache ist, daß sie sich den Zusammenbruch der Gewerkschaften und das Vergehen ihrer Kampfkraft hoffnungslos vorgestellt haben, als sie war. Die Gewerkschaften haben ihren Einfluß bei der Regierung eingeseht, um zu verhindern, daß die Regierung sich ganz den Wünschen der Arbeitgeber anbequeme. Vor allem aber haben sie auf der ganzen Linie den direkten Kampf um den Achtstundentag aufgenommen. Dieser Kampf wird lange Zeit dauern. Er wird sich mit der allmählichen Besserung der Finanzen der Gewerkschaften sowie mit der Belebung der Produktion verschärfen. Es wird ein gewerkschaftlicher Kampf im eigentlichen Sinne des Wortes sein und hoffentlich dazu beitragen, die Arbeiter von der politischen Phrase zu kurieren, die ihre Reihen zerlegt und ihren Widerstand schwächt.

Es ist nicht daran zu denken, daß die Gewerkschaften auf eine in jahrzehntelangen Kämpfen erstrittene Errungenschaft, wie den Achtstundentag, verzichten. Die kulturelle Bedeutung dieser Begrenzung der Arbeitszeit kann und wird sich erst im Laufe von Jahren erweisen. Ihr Wert ist nach diesen Jahren, in denen politische Gegenstände die Arbeiterbewegung vielfach an aufbauender Arbeit verhinderten, unmöglich abzuschätzen. Die Freizeit, die der Arbeiter durch den Achtstundentag gewinnt, soll seiner beruflichen Fortbildung wie seiner Erholung dienen, und sie soll

ihn vor allem Fühlung gewinnen lassen mit den Sphären der Kultur, von denen ihn das an den Besitz geknüpfte Monopol der Bildung bisher ausgeschlossen hat.

Der Achtstundentag ist nur eine Seite des großen Zieles der Arbeiterbewegung, auch den Arbeitern zu ermöglichen, sich in einer ihnen angemessenen Weise mit der Kultur vertraut zu machen. Die Arbeiter werden ihren eigenen Weg finden müssen, aktiv am geistigen Leben der Nation teilzunehmen und eine neue Kulturgemeinschaft vorzubereiten, an der alle Schichten des Volkes dienend mitwirken. Ein Führer auf diesem Wege zu sein, war der Zweck der Volkshochschule, die gleichzeitig mit der Begrenzung der Arbeitszeit gefordert worden ist; das ist auch der Sinn all der mannigfaltigen Schulen, die vom Staate, von der Partei, den Gewerkschaften und den internationalen Arbeiterorganisationen für Arbeiter eingerichtet worden sind. Die Erfolge dieser Bestrebungen können nicht von heute auf morgen sichtbar werden. Ein bankrotter Staat kann keine großzügige Erziehungspolitik treiben. In diesem Bankrott waren auch alle Arbeiterorganisationen beteiligt, ihr Vermögen schwand mit der Geldentwertung; auch sie konnten nicht genug Geld an die Bildungsaufgaben wenden, deren Pflege den Sinn des Achtstundentages vertieft hätte.

Die neue Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 hat den Achtstundentag nicht abgeschafft. Auch jetzt darf die regelmäßige Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. Nur als Ausnahme und nur in den hierfür vorgesehenen Fällen sind Ueberstreichungen statthaft. Ohne Zweifel wollen aber die Unternehmer den neun- und zehnständigen Arbeitstag zur Regel, den Achtstundentag zur Ausnahme machen. Das Reichsarbeitsministerium ist ihren Wünschen leider weit entgegengekommen. Die in der Verfassung garantierte gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist in der Verordnung zugunsten der Unternehmer erheblich eingeschränkt. Es wird auf das zielbewußte Vorgehen der Gewerkschaften ankommen, ihrer Rechtsauffassung durch entschlossene Anwendung ihrer Machtmittel Nachdruck zu verleihen. Der Bundesausschuß hat in seiner Sitzung vom 16. Januar die Gewerkschaften verpflichtet, „an dem aufs neue zum Gesetz erhobenen Achtstundentag als Höchstdauer der täglichen Arbeitszeit festzuhalten“ und Ueberstreichungen „nur vorübergehend in Form von Ueberstunden“ zuzulassen. Mit vollem Recht erklärte er: „Die Gesundheit und das Wohl der Arbeiter dürfen dem von den Unternehmern in den Vordergrund gerückten Interesse der Produktion um so weniger geopfert werden, als sie die einzig dauerhafte Grundlage ihrer Entwicklung und Steigerung sind. Die diesem Grundsatze entgegenstehenden Bestimmungen werden die Gewerkschaften so lange bekämpfen, bis sie wieder beseitigt oder geändert sind.“

Die neue Arbeitszeitverordnung gestattet so zahlreiche in das freie Ermessen der Arbeitgeber gestellte Ausnahmen vom Achtstundentag, daß weitgehenden Ansprüchen der Unternehmer nach Mehrarbeit mehr als zur Genüge Rechnung getragen werden kann. Die Arbeitgeber werden die ihnen günstige Auslegung der Paragraphen bei den Verhandlungen

durchzusetzen suchen. Um so dringender ist es, daß die Gewerkschaften streng darauf achten, daß die Bestimmungen der Verordnung eingehalten werden, vor allem ist darauf zu drängen, daß Abweichungen in erster Linie nur auf dem Wege des Tarifvertrages durchgeführt werden. Wo keine tarifliche Regelung vorliegt, und der Unternehmer bei der zuständigen Behörde den Antrag auf Abweichungen vom Achtstundentag stellen kann, wird es eine wichtige Aufgabe der Betriebsräte sein, mit Sachlichkeit und Sachverständnis die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte müssen sich dabei bewußt sein, was die Verordnung will. Ihr Zweck ist, eine Förderung und Verbilligung der Produktion durch Beseitigung wesentlicher Hemmungen „für die freie und kraftvolle Betätigung des Arbeitswillens“ zu erreichen. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist aber unter den für die Steigerung der Produktion maßgebenden Faktoren am meisten umstritten. Im übrigen wäre sie auch durch freie Vereinbarung mit den Gewerkschaften in allen erforderlichen Fällen zu erreichen gewesen. Wesentlicher als sie sind jedenfalls die drei anderen Momente, die im Oktober 1923 von der Reichsregierung und den Regierungsparteien als Voraussetzung für eine vermehrte Gütererzeugung festgesetzt worden sind; die restlose Ausnutzung der technischen Errungenschaften, die organisatorische Verbesserung unserer Wirtschaft und endlich die emsige Arbeit jedes einzelnen. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß jede Steigerung der Produktion herbeigeführt werden kann, wenn nur diese Bedingungen erfüllt werden. Eine Neuregelung der Arbeitszeitgesetze im Geiste dieser Verordnung war nicht notwendig.

Der Beirat unseres Verbandes

wird nach längerer Pause am 8. und 9. März in Berlin zusammentreten, um über eine Reihe wichtiger Verbandsangelegenheiten Beschluß zu fassen. Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgegeben:

1. Situationsbericht.
2. Arbeitszeit- und Lohnfragen.
3. Beiträge und Unterstützungen.
4. Die Opposition im Verbande.
5. Die „Buchbinder-Zeitung“.

Am 1. Punkt der Tagesordnung wird ein zusammenhängender Ueberblick über die Erscheinungen des letzten Jahres gegeben werden. Eine besondere Aussprache hierüber dürfte sich kaum notwendig machen, nachdem alle Welt froh und zufrieden darüber ist, daß die Zeit der Inflation für uns hoffentlich auf immer vorbei sein wird.

Am 2. Punkt werden die Lohn- und Tariffragen erörtert werden. Das ist notwendig auch aus dem Grunde, weil sich in unseren Arbeitgeberkreisen und deren Organisationen Erscheinungen bemerkbar machen, die auf die künftige Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse von besonderem Einfluß sein werden.

Der 3. Punkt dient der finanztechnischen Seite unseres Verbandes. Die Marktstabilisierung hat auch eine schon recht gut zu erkennende Konsolidierung des Verbandes mit sich gebracht, so daß unser Vorstand die Möglichkeit für gegeben ansieht, mit dem Wiederaufbau unserer Unterstützungseinrichtungen zu beginnen. Bei der noch immer anhaltenden starken Belastung unseres Verbandes mit einer sehr großen Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern kann

das natürlich zunächst nur in sehr vorsichtiger Art geschehen und auch nur dann, wenn sich der Beirat zu einer recht mäßig gedachten Erhöhung der Beiträge entschließt. An letzterem zweifeln wir nicht, da es gilt, die grenzenlose Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter etwas zu mildern und diesem Zweck wohl jedes Mitglied ein kleines Opfer gern und freudig bringen wird.

Der 4. Punkt spricht für sich selbst. Hier handelt es sich darum, eine Aussprache herbeizuführen über die Umstände, die zum Ausschluß einer Anzahl Mitglieder aus unserem Verbands geführt haben und um Mittel und Wege zu finden, damit unser Verband für die Folgezeit vor Erschütterungen bewahrt bleibt, denen er von Außenstehenden ausgesetzt wird. Die bereits vorliegenden Beschlüsse des Beirats vom Jahre 1921 (Jahresbericht 1921 Seite 9/10), die ja auch vom letzten Verbandstag anerkannt wurden, wieder zu erneuern und zu ergänzen nach der Seite hin, daß auch Mitglieder, die eine Beitragsperre propagieren und durchführen, verbandsschädigend wirken, zeigt sich als notwendig.

Im letzten Punkt wird sich der Beirat mit der Zeitungsfrage beschäftigen müssen. Die Erfahrungen mit dem Abonnement der Zeitung sind einigermaßen zufriedenstellend, wenn auch von einigen unserer Zahlstellen eine größere Beteiligung am Abonnement gewünscht werden könnte. Das Wesentlichste dürfte sein, daß sich unsere Zeitung selbst erhält und daß das Verlangen nach der Zeitung von Woche zu Woche wächst. Der Beirat wird entscheiden, ob das seit Jahresanfang durchgeführte Abonnement aufrecht erhalten werden soll.

Wie sich zeigt, hat der Beirat Aufgaben zu erledigen, die von großer Wichtigkeit für unser ferneres Arbeiten im Verbands sind. Mag er bei seinen Beschlüssen immer das Rechte treffen.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxi-Verträgen.

Die Lohnverhandlungen mit den „Apl“-Verbänden vom 29. Februar haben das Ergebnis gezeigt, daß die bisher geltenden Löhne mit 52 Pf. an der Spitze bis zum 2. April einschließlich unverändert fortbestehen sollen. Das Lohnabkommen soll jeweils um 14 Tage weiter laufen, wenn es nicht 8 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Von unserer Seite war verlangt worden, daß die Löhne in der Spitze anstatt 52 Pf. 55 Pf. betragen sollen. Begründend wurde dabei unter anderem ausgeführt, daß die Arbeitgeber die Tariflöhne in sehr vielen Fällen als Maximallöhne ansehen. Wenn die Arbeitnehmer darauf hinweisen, daß der Tarif nur Mindestlöhne vorsehe, würde ihnen erwidert, daß es seitens der Unternehmerverbände verboten wäre, höhere Löhne zu zahlen. Die anwesenden Vertreter der „Apl“-Verbände erklärten, daß ihrerseits eine solche Weisung nicht herausgegeben sei, daß sie vielmehr den Standpunkt vertreten, daß nach den Bestimmungen der Ziffer 20 im Tarifvertrag besondere Leistungen auch höher entlohnt werden sollen. Es sei bereits in einer Reihe von Orten und Betrieben dazu übergegangen worden, den qualifizierten Arbeitern höhere Löhne, als wie sie im Tarif vorgesehen sind, zur Auszahlung zu bringen. Sie halten es nicht für richtig, daß Arbeiterkategorien, wie Goldschmittmacher, Presser usw., die zweifellos qualifizierte Arbeiten verrichten, mit dem Mindestlohn abgefunden werden. Sie vertreten vielmehr die Auffassung, daß qualifizierte Leistungen auch höher entlohnt werden.

Der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen hat diesmal an den Verhandlungen teilgenommen und das Lohnabkommen anerkannt. Er hat in Aussicht gestellt, die weiteren Lohnabkommen ebenfalls anzuerkennen.

Der Reichsverband der Buchbinder, der bekanntlich aus dem „Apl“ ausgeschieden ist, war bei den Verhandlungen nicht zugegen. Ob dieser das Lohnabkommen anerkennt, steht noch nicht fest, da Verhandlungen mit ihm zurzeit erst gepflogen werden. An der in den Reichsverbandsbetrieben tätigen Arbeiterschaft wird es nun liegen, die mit dem „Apl“ vereinbarten Löhne zu fordern für den Fall, daß sich die betreffenden Unternehmer nicht ohne weiteres bereit erklären, die Löhne weiterzugeben.

Der Deutsche Buchdruckerverein hat erklärt, das Abkommen solange nicht unterzeichnen zu können, bis die Mantelverhandlungen nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt hätten. Die Fortsetzung der Verhandlungen über den Mantelvertrag soll in den nächsten Tagen stattfinden.

Die Verhandlungen für die Glasisindustrie

Von dem Reichsarbeitsministerium haben ebenfalls am 29. Februar stattgefunden. Der gefällte Schiedsspruch kam zustande, ohne daß die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiseite zustimmen. Der Schiedsspruch wurde also von dem Schlichter allein gefällt. Das Resultat desselben ist, daß der Lohn für die Klasse Berlin auf 50 Pf. festgelegt wurde. Die Löhne der übrigen Gruppen und Altersstufen bleiben wie vorher, jedoch mit der Maßgabe, daß die Verhältniszahl in den vier untersten Altersklassen erhöht wurde, und zwar bei den Facharbeitern um 2 Proz., bei den Facharbeiterinnen um 3 Proz. und bei den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen um 5 Proz. Die neu festgelegten Löhne sollen Geltung haben bis zum Ablauf des Mantelvertrages, also bis zum 31. März 1924.

Trotz aller Bemühungen von unserer Seite war es nicht möglich, es dahin zu bringen, daß die Lohnsätze gleichgestellt wurden mit denen der Kartonnagenindustrie. Der vom Schlichter eingenommene Standpunkt in dieser Frage ist ein völlig unverständlicher, zumal derselbe Schlichter bei den Verhandlungen in der Kartonnagenindustrie einen Abbau der Löhne vorgenommen hat, um damit den Weg zu ebnen für die Gleichstellung der Löhne mit der Glasisindustrie. Statt nun in Konsequenz dieser Stellungnahme die Löhne in der Glasisindustrie gleichzustellen, ist er auf halbem Wege stehen geblieben und hat nur die Berliner Klasse erhöht und bezüglich der jüngeren Altersklassen das gleiche getan, was auch in der Kartonnagenindustrie geschah. Den Herren in der Glasisindustrie wird dieser Spruch ein weiterer Anreiz sein dazu, in der bisherigen unfairen Weise Propaganda für ihren Verband zu machen. Unter diesen Umständen wird sehr eingehend erwogen werden müssen, ob es weiterhin noch möglich sein wird, mit dem Reichsverband der Glasis- und Feinkartonnagenindustrie in einem Tarifverhältnis zu bleiben, sofern dieser Verband beansprucht, auch für die Kartonnagenfabrikanten, die bei ihm organisiert sind, Lohnabkommen zu tätigen. Denn es müßte in der Praxis zu unmöglichen Zuständen führen, wenn mit ihm ein Vertrag auch fernerhin abgeschlossen wird, der andere Löhne vorseht, als wie sie mit dem Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten festgelegt werden.

Mit dem Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten wurde vereinbart, daß der Mantelvertrag bis zum 30. April 1924 verlängert wird, weil die Verhandlungen über denselben nicht vor Ablauf April bzw. Anfang Mai stattfinden können. Simgemäß sollen auch die Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit, die durch den Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium getroffen worden sind, Geltung haben bis zum 30. April 1924.

Die Berufsberatung.

Eine notwendige Forderung der Gegenwart *)

Von Dr. Richard Liebenberg, Berlin.

Die Berufsberatung ist als öffentliche soziale Einrichtung zwar erst sehr jungen Ursprungs; ihre Anfänge reichen aber, wenn auch nicht überall bis in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, so doch zum mindesten bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zurück. Ihre Anlässe und Ursachen sind bedingt durch Erscheinungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, besser noch der gegenwärtigen kulturellen Entwicklungsstufe, die mit zwingender Notwendigkeit um ihrer selbst willen der Berufsberatung bedarf, um den vielseitigen Forderungen der Gegenwart gerecht zu werden.

*) Diese Abhandlung ist der erste Abschnitt einer längeren Arbeit des Verfassers aus dem 6. Heft des Organs des Internationalen Gewerkschaftsbundes „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“. Diese Zeitschrift bringt ständig wertvolles Material für den Gewerkschaftspraktiker, sie kostet pro Jahr 6 Mk. und ist zu beziehen durch den DGBV, Berlin, Inselstraße 6.

Im wirtschaftlichen Leben führt die mit der unaufhaltbar fortschreitenden Industrialisierung unablässig verbundene Arbeitsteilung zu einer völligen Umgestaltung und Umwertung der Berufe und Berufsmöglichkeiten. In Ländern, deren Wirtschaftsleben vorwiegend agrarisch gerichtet ist, wird der Sohn zumeist dem Vater in seinem Beruf als Bauer, Fischer, Handwerker folgen, wird die Tochter in der Hauswirtschaft der Mutter genügend Raum zur Betätigung finden, und werden alle die Arbeitskräfte für die aus Gründen der Uebersättigung und des Mangels an Beschäftigung keine Arbeit und Berufsmöglichkeiten vorhanden sind, zur Auswanderung gezwungen sein. Von dem Zeitbeginn aber, wo in solchen Ländern eine Industrie entsteht, werden die dann meist wie Pilze aus der Erde hervorwachsenden Fabriken und Städte nicht nur den bis dahin überschüssigen und zur Auswanderung gezwungenen Teil der Bevölkerung in sich aufnehmen, sondern darüber hinaus auch noch die Arbeitskräfte an sich ziehen, die die Landwirtschaft und das Handwerk notwendigerweise zu ihrem Bestehen und Bestehen gebrauchen. Die Folge davon ist auf der einen Seite Mangel an beruflichem Nachwuchs, der umfassende Werbemaßnahmen erforderlich macht, und auf der anderen Seite eine Uebersättigung durch Arbeitskräfte, die besonders bei steigender Bedeutung der Industrie als Herstellerin hochwertiger Erzeugnisse eine Auslese der Berufsanwärter hinsichtlich ihrer körperlichen und geistigen Eignung in zunehmendem Maße bedingt. Treten dann Krisen im Wirtschaftsleben ein — was bei der engen Verflechtung der verschiedenen Industriezweige und ihrer gemeinsamen Abhängigkeit vom Weltmarkt unausbleiblich ist —, dann wird die Berufswahl der aus der Schule entlassenen und ins praktische Leben eintretenden Jugendlichen, aber auch der aus körperlichen, geistigen oder wirtschaftlichen Gründen zum Berufswechsel genötigten Erwachsenen zu einem Problem, das nicht nur den davon betroffenen Jugendlichen, keine Eltern, die sonstigen Erziehungsberechtigten oder den zum Berufswechsel gezwungenen Erwachsenen ernstlich beschäftigen muß, sondern auch den Staat und die Gesellschaft, wenn ihre Effizienz und ihre Aufwärtsentwicklung gewährleistet sein soll.

Mit diesen Gründen wirtschaftlicher Art verbinden sich nun aufs engste die immer stärker werdenden sozialen Bestrebungen, den Menschen nicht mehr nach seinem Stand, seinem Besitz und dem papiernen Berechtigungsschein seiner bestandenen Examina zu werten, sondern nach seinen Anlagen und Fähigkeiten, seinem selbständigen Willen und Können. Im alten Ständestaat trennten diese hindernisse Mauern den Adligen vom Bürger und diesen wieder vom Bauer. Für jeden Stand waren die Berufsmöglichkeiten von vornherein gegeben und eng begrenzt. Ein Uebersteigen der Trennungsmauer zu den Berufsmöglichkeiten des anderen Standes war unmöglich. Nur der Adlige konnte höherer Beamter oder Offizier werden, nur der Bürger Handel und Gewerbe treiben, nur der Bauer landwirtschaftliche und militärische Dienste verrichten. Erst mit Einführung der Gewerbefreiheit wurden nach und nach Breschen in diese Ständemauern gelegt. Unter Einwirkung der bedeutenden Fortschritte und des immer weiteren Vordringens von Wissenschaft, Technik, Handel und Verkehr, die überall der tüchtigsten Kräfte bedürfen, welchen Standes sie auch seien, werden die Breschen immer größer und die Mauern immer kleiner, so daß es dem Tüchtigen durchaus möglich ist, diejenige Tätigkeit zu seinem Lebensberuf zu machen, für die er die erforderlichen Anlagen und Fähigkeiten mitbringt. Ihm bei seinem Eintritt in den Beruf oder in die Laufbahn den Weg soweit als möglich und nötig zu ebnen, hat sich in Verbindung mit anderen sozialen Einrichtungen gerade die Berufsberatung zu ihrer besonderen Aufgabe gemacht. Das Wort „dem Tüchtigen freie Bahn“ soll und darf kein Schlagwort bleiben, sondern muß, je eher desto besser, Wirklichkeit werden.

Schließlich aber sind die angeführten wirtschaftlichen und sozialen Gründe doch nur Ausflüsse der Kultur, die ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe entsprechend nicht nur im allgemeinen das Wirtschaftsleben, die Kunst, Wissenschaft und Volksbildung beeinflusst, sondern auch die besonderen Leitkräfte der Kultur, und dazu gehört zweifellos auch der Beruf und die Berufsberatung. War in früheren Zeiten der „Beruf“ wirklich die Tätigkeit, zu der man auf

Grund der Anlagen, Fähigkeiten und Neigungen „berufen“ ist, das Lebenszentrum also, in dem sich gleichsam wie in einem Brennpunkt die Anlagen, Fähigkeiten und Neigungen sammeln, um wieder auszufrahen in die mannigfachen Lebensgemeinschaften, denen der einzelne als Glied angehört (Familie, Beruf, Gemeinde, Staat, Gesellschaft), so ist unter dem Druck der immer mächtiger, aber auch schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse aus dem eigentlichen Beruf ein Erwerb, eine Arbeit geworden, der in sehr vielen Fällen unter der Einwirkung einer mechanisierenden und monotonen Arbeitsteilung die eigentliche Seele genommen ist, die auch heute noch im Zeichen der Arbeitsteilung aus der Arbeit einen Beruf machen könnte. Wird der Entfaltung der Arbeit nicht bald und erfolgreich Halt geboten, dann werden diejenigen recht behalten, die gerade im Hinblick auf diese Entwicklung den „Untergang des Abendlandes“ prophezeien. Selbstverständlich kann man eine Kultur in ihrer Entwicklung nicht zurückdrauben. Das wäre tatsächlich mehr als Sisyphusarbeit. Wohl aber kann man vorbeugende Maßnahmen treffen, die die Wirkungen dieses Entfaltungsprozesses herabmindern, wenn nicht gar durch Bereitstellen geeigneter Gegenwirkungen aufheben. Das wird am erfolgreichsten durch die bestmögliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsmethoden und der Erholungsmöglichkeiten geschehen. Eine wesentliche Vorbedingung zu solchen Vorbeugungsmaßnahmen dürfte aber eine rechte Berufsberatung sein, die nicht nur auf eine zuverlässige Beratung der Berufsanwärter hinsichtlich der körperlichen und geistigen Eignung ihr Augenmerk richtet, sondern auch in Verbindung mit der Schule die seelische Berufsberatung, d. h. die seelische Vorbereitung auf den Beruf und das Berufsleben mit allen Licht- und Schattenseiten zu einer ihrer vornehmsten Aufgaben zählt.

Damit dürfte wohl die Notwendigkeit und die Bedeutung der Berufsberatung für unser wirtschaftliches, soziales, kurz unser kulturelles Leben hinreichend begründet und auch ihre Aufgaben vorzeichnet sein. Die Berufsberatung hat also alle die Personen, die vor der Berufswahl oder dem Berufswechsel stehen, nach Prüfung der körperlichen, geistigen und sittlichen Eignung, der Neigung und der wirtschaftlichen Lage der einzelnen zu beraten und unter Berücksichtigung der Struktur des Wirtschaftslebens, der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch Nachweis einer geeigneten Berufsausbildungsmöglichkeit so in den Produktionsprozess einzuführen, daß der rechte Mann am rechten Platz nicht nur zu seiner eigenen Befriedigung arbeitsfreudig wirkt, sondern gerade auch an diesem Platz der Gesamtheit den besten Dienst erweist. Diese Aufgabe der Berufsberatung mag vielleicht gegenwärtig als ideale Forderung unerreichbar erscheinen; aber schließlich sind doch Ideale dazu da, so gut wie möglich verwirklicht zu werden. Gewiss nicht mit einem Schlag, aber doch nach und nach im Laufe der Menschheitsgeschichte. Und gerade für die Bewältigung einer Arbeit, wie die Berufsberatung dem gegenwärtigen Geschlecht stellt, ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob diese Arbeit sich auf eine ideale Forderung gründet; denn solch ein Fundament wird immer eine unverfälschte Quelle der Kraft sein zur Überwindung der naturgemäß auftretenden Schwierigkeiten.

Das Internationale Arbeitsamt und der Achthundentag.

Die letzte Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes besahe sich u. a. auch mit der Frage des Achthundentages. Die Arbeitergruppe hat eine Resolution eingereicht, in der der Direktor eingeladen wird, seine Anstrengungen zugunsten der allgemeinen Ratifizierung der Konvention von Washington fortzusetzen.

Die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in dieser Sitzung besonders stark zum Ausdruck gekommen. Einmal, der Vertreter der französischen Unternehmer, stellte in dieser rührenden Weise seine Billigung der Auffassung der deutschen Arbeitgeber fest, die eine Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland für absolut notwendig halten. Es gehe eben hier um die Bezahlung der Reparation, und da dies eine Ehren-

schild sei, seien Überstunden nötig, und die Leistung derselben soll nicht unmöglich gemacht werden. Genosse Leypart, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, protestierte gegen diese Auffassung, die darauf hinausläuft, das ganze Gewicht der Reparationen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Auch Leypart ist der Ansicht, daß die Produktion in Deutschland erhöht werden muß, doch er stellt sich dabei die Frage, ob dies wirklich nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erzielt werden kann. Die Erfahrung hat im Gegenteil dargelegt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht notwendigerweise eine höhere Produktion zur Folge hat. Toubour machte zur Erhärtung dieser Tatsache auf diesbezügliche Erklärungen des Direktors der Eisenwerke von Firminy, des Hauptingenieurs der Werksstätten der Eisenbahngesellschaft des Nordens, und mehrerer anderer Persönlichkeiten der französischen Industrie aufmerksam, aus denen hervorgeht, daß die Produktion seit Einführung des Achthundentages nicht zurückgegangen, sondern in gewissen Fabrikationszweigen gestiegen ist.

Die Feststellungen werden auch durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt. Es hat sich gezeigt, daß die Verabfolgung der Arbeitszeit das Leben der Arbeiter verlängert und ihre Produktionskraft erhöht, da ihre körperlichen Kräfte geschont werden.

Laut schallt ein Ruf durchs deutsche Land vom Bodensee zum Nordmeeresstrand, vom Alpenpfeil bis ins Tal, wo nur die Arbeit leidet Qual, in jeder Werkstatt, jedem Ort, noch tief im Schachte grallt es fort: Frei von den Fesseln der Sklaverei wollen wir sein! Frei, frei, frei!

Dort, wo die Arbeit sät und pflügt, das Brot zum Leben kaum genügt, auch in der Schmiede düstern Raum, vom Schiffsbord im Wegenichraum, vom Weibstuhl, wo das Schifflein fliegt, und wo die Last den Rücken biegt: Frei von den Fesseln der Sklaverei wollen wir sein! Frei, frei, frei! Jakob Audoif.

Das erfreulichste Symptom der Zigung waren ohne Zweifel die Ausführungen von Miss Margaret Bondfield namens der englischen Arbeiterregierung. Sie wies auf die Tatsache hin, daß Tom Shaw, der gegenwärtige Arbeitsminister, auf der ersten Arbeitskonferenz in Washington Vorsitzender der Kommission für den Achthundentag war. Das sei an sich selbst eine Garantie dafür, daß die englische Regierung alles tun werde, um die Ratifizierung der Konvention über den Achthundentag zu erwirken.

Berichte.

Kachen. In unserer Generalversammlung war es uns vergönnt, nach langer Zeit unseren Gauleiter Kollegen Dreger wieder einmal in unserer Mitte zu sehen. In seinen Ausführungen führte er uns die wirtschaftliche Lage und die Lage in unserem Gewerbe und in unserer Organisation vor Augen. Wie jede Arbeiterfamilie, so hat auch unsere Organisation durch die Inflation als Folge des Krieges, des passiven Widerstandes und der Machinationen der einflussreichen Stellen schwer gelitten. Der Ehrlichkeit der Arbeiterorganisationen ist es zu danken, daß in unseren Reihen sich keine Devisen befinden und nur der Solidarität der internationalen Arbeiterschaft haben wir es zuzuschreiben, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor Schlimmerem bewahrt blieb. Durch die Stabilisierung der Mark ist die Krise etwas gehoben, die Gewerkschaften werden bald wieder zur Geltung kommen. Das Unternehmertum, das den Klassenkampf als etwas Unstetliches bezeichnet und sich nicht genug tun konnte, vom Wirtschaftsfrieden zu reden, benutzte diese vorübergehende Schwäche der Arbeiterschaft, um den rücksichtslosen Klassenkampf zu führen. Die Arbeiterschaft hat nun ihrerseits zu rufen, um als geschlossene Macht, moralisch und finanziell gefaßt, den Unternehmern zur gegebenen Zeit entgegenzutreten. Unser Jahrestellenvortragender sprach dann über die Verhältnisse am Orte. Die Arbeitslosigkeit vermehrt sich und somit auch der Bestand der zahlenden Mitglieder. Die Jahreshilfe Kachen hat diese schwere Krise gut überstanden. Jetzt liegt es an den Mitgliedern, ihrerseits alles daranzusetzen, das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Dazu ist notwendig die alte Opferfreudigkeit der Kadetten Kollegen und Kolleginnen, das Lesen der „Buchbinderzeitung“ und die Versammlungen selbst zu besuchen. Diejenigen Berufsangehörigen, besonders die weiblichen, die da glauben, weil nicht jede Woche Lohnverhandlungen sind, wäre der Verband für sie überflüssig, müssen sich fragen, wie

stände es mit der Arbeiterschaft, wenn sie jetzt ohne Organisation wäre? Die Frage ist leicht zu beantworten: 12 und mehr Stunden Arbeitszeit und die Löhne wären noch mehr als jetzt durch die Inflation arbeitslosigkeit gebracht. Das ist ein großer Erfolg der Gewerkschaften auch ohne wöchentliche Lohnverhandlungen. Der diesige Vorstand appelliert an die Einsicht aller Kolleginnen und Kollegen, und bis zum letzten Mann müssen alle, die in unserem Gewerbe sind, in ihrer Organisation zusammenstehen, dann geht es vorwärts trotzallem!

Berlin. Die Generalversammlung unserer Jahreshilfe nahm den Geschäfts- und Situationsbericht vom Bevollmächtigten Kasper entgegen. Der Redner streifte zunächst den Buchbinderstreik und kam dann auf das Verhalten der „Opposition“ zu sprechen. Jede Versammlung im vergangenen Jahre artete in Tumulten aus. Man mußte schließlich die Organisation reinigen und den Schritt tun, vor dem man bisher zurückgeschreckt war. Die Krise innerhalb der Organisation ist nun überwunden, und unsere Jahreshilfe befindet sich auf dem Wege der Gesundung. Bytomski gab dann den Massenbericht. Er stellte fest, daß zurzeit noch circa 5000 Kollegen arbeitslos sind. Die rege Diskussion bewegte sich allgemein im Sinne des Referenten. Weibe wurde als Vizepräsident der Gattnergruppe und Mitglied der Ortsverwaltung einstimmig bestätigt. Ferner wurde eine Kommission zur Statutenberatung gewählt. Ein Witztrouvantrag gegen die Ortsverwaltung wurde mit offen gegen 6 Stimmen abgelehnt; dagegen aber folgte Resolution mit circa 300 gegen 5 Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung der Jahreshilfe Berlin nimmt Kenntnis von den Vorkommnissen innerhalb der Jahreshilfe, sie stellt fest, daß Mitglieder des Verbandes nur die sein können, welche das Verbandsstatut, die Beschlüsse der O.V., des V.V. und der Generalversammlungen anerkennen.

Alle diejenigen Mitglieder, welche Maßnahmen propagieren, durch die eine Schädigung der Organisation bedingt wird, stellen sich außerhalb der Organisation.

Als verbandsschädigend wird angesehen, wer Parteiparolen über das Statut und die Generalversammlungsbeschlüsse stellt. Ferner steht die Generalversammlung die Propagierung und Befolgung der Beitragsliste als höchst verbandsschädigend an.

Die Generalversammlung billigt daher die Maßnahmen der O.V. und des V.V. und erwartet von allen Delegierten und Funktionären, daß sie alle Angriffe auf die Einheit der Organisation mit aller Entschiedenheit abwehren.

Hagen i. W. „Gegen die organisationszerstörenden Tendenzen“ war das Thema, worüber Cueselitz in einer Mitgliederversammlung unserer Jahreshilfe referierte. Zu gebrängter Ueberflucht schilderte er die Wählerarbeit der „kommunistischen Fraktionen“ innerhalb der Gewerkschaften im allgemeinen und in unserem Verband im besonderen. Durch die Gründung einer Sonderorganisation ist die letzte Welle gefallen und die zerstörende Tendenz zutage getreten. Obgleich in Hagen wohl kein Nährboden für diese „Organisation“ vorhanden ist, müssen wir als gekulte Gewerkschafter gegen solche Wackelwörter protestieren, die nur dazu dienen, die Gewerkschaften zu zerstören. Der Redner kam aber auch auf die Gefahren zu sprechen, die den Gewerkschaften von extrem rechter Seite, der sogenannten „Sozialistischen Vaterlandspartei“ drohen. Besonders in Hagen hätten diese „Sozialisten“ einen guten Boden, was sich in dem ungeheuren Zustrom der Arbeiter zu deren Versammlungen zeige. Redner verlas die „Richtlinien“ dieser Partei, die sehr geschickt gefaßt sind und für jeden ungeschulten Arbeiter zum Verständnis werden können. In ihren Veröffentlichungen fordern sie offen zum Kampf gegen die Gewerkschaften auf. Es wird Zeit, den drohenden Gefahren entgegenzutreten. Die Lanze muß verschwinden, wenn uns unsere Gegner nicht über den Kopf wachsen sollen. Noch ist es Zeit, noch können wir unsere Stellung behaupten, aber auch nur dann, wenn alle ihre Schwabigkeit tun.

Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

Die gesamte Hagerer Kollegenschaft spricht dem Verbandsvorstand ihr Vertrauen aus.

Unsere Ziele können nur durch Einigkeit erreicht werden. Nicht mit Wzrasen, sondern durch zielbewußte Handlungen, geleitet von einem geschulten gewerkschaftlichen Geist, werden wir, trotz aufsehender Misserfolge, unseren Weg weiterstreiten.

Ungeachtet aller Anstrengungen unserer Feinde von allen Seiten, unsere Gewerkschaften zu zerstören, werden wir auch in Zukunft iren zur Organisation halten, welche allein berufen ist, die Rechte der Arbeiterschaft zu vertreten.

Allen unseren Widersachern ein „por o a!“

Herunter mit der Maske . . .

„In einer Zeit, wo die konzentrierte und geschlossene Kraft der gesamten Kollegenchaft mehr denn je notwendig ist, in einer Zeit, in der die Unternehmer die Stunde für gekommen erachten, den Generalangriff auf die Lebenshaltung und die Arbeitszeit der Kollegenchaft zu eröffnen, um die soziale und kulturelle Stellung des Proletariats herabzubringen, ergreift eine domierte Verbandsbureautatie die Streitart und schlägt rücksichtslos und brutal die geschlossene Front auseinander.“

So ist zu lesen im „Mitteilungsblatt“ Nr. 1 der Berliner Gewerkschaftszertörer. Aller überflüssigen Worte entkleidet soll das heißen, daß unsere Verbandsleitung die Ursache geboten habe, um die Einheit unseres Verbandes zu gefährden. Selten ist schamloser gelogen worden als hier, denn die Drahtzieher des separatistischen Verbandes wissen ganz genau, daß sie schon Monate vor ihrem Ausschluß alles in Bewegung setzten, um unsere Verbandsleitung zu Handlungen zu zwingen, auf die sie sehnlichst warteten, um einen Resonanzboden für ihre gewerkschaftszertörenden Pläne zu bekommen. Die weitgehende Toleranz unserer Verbandsleitung ihrem Treiben gegenüber war ihnen ungenügend und darum haben sie ein Mittel nach dem andern erfunden, bis endlich auch die Nachsicht, die Sorge um die Einheit unserer Organisation, so weit von den organisationschädigenden Tendenzen zurückgedrängt wurde, daß ein reiner Tisch gemacht werden mußte. Wie weit die Frechheit jener Leute geht, zeigt sich u. a. auch darin, daß lange, bevor der erste Ausschluß aus unserem Verbandsverbande erfolgte, die separatistische Organisation bereits fix und fertig war. Gehört nicht ein gutes Stück Charakterlosigkeit dazu, mit der Miene des Biedermannes für die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung einzutreten und zu gleicher Zeit die separatistische Organisation aufzubauen? Die ersten Ausschüsse aus unserem Verband sind erst Ende November erfolgt, aber schon Wochen vorher sind Uebertritte in diese separatistische Organisation vollzogen worden. Vor uns liegt eine Mitgliedsliste der selben — ausgestellt für ein Mitglied, das seit 1910 in unserem Verbandsverbande organisiert war — die die Bemerkung enthält: Uebergetreten am 20. Oktober 1923. Obwohl an diesem Tage noch gar nicht an einen Ausschluß von Mitgliedern gedacht wurde, hat man die separatistische Organisation doch schon so weit gefördert, daß man Mitglieder aufnehmen konnte. Zeigt das nicht besser als alles andere, daß und wie von jener Seite alles versucht wurde, um unsere Verbandsleitung, die nichts unternommen wollte, was jenen Leuten Wasser auf ihre Mühlen liefern mußte, zum Aufgeben ihrer toleranten Haltung zu veranlassen? Und dann besitzt diese Gesellschaft die Unerblichkeit, alle Welt anzulügen mit der Behauptung, die Verbandsleitung habe „rücksichtslos und brutal die geschlossene Front auseinander geschlagen“. Sie sind gelehrige Schüler ihrer russischen Vorbilder, die ihnen bekanntlich die Richtlinien gegeben haben, mit List, Schamheit, illegalen Methoden, Verheimlichen der Wahrheit, mit Lug und Trug zu operieren, um die Einheit der deutschen Gewerkschaften zu zerstören. Das haben die Separatisten aus unserem Verbandsverbande redlich getan, und der Erfolg hat sich ja gezeigt. Damit aber ist diesen Verächtern gewerkschaftlicher Einheit noch lange nicht genügt. Genau so, wie sie die große Öffentlichkeit mit ihrer Unwahrhaftigkeit irreführen, genau so machen sie es mit ihren eigenen Angehörigen. Die wenigsten von diesen wissen, daß alle Handlungen der Moskowiter eingestellt sind auf das Ziel, sich als Märrtyrer der Bruchstücke des Verbandsverbandes auszuweisen zu können. Der eine läßt sich von der Staatsgewalt höchst überflüssigerweise verhaften, um sagen zu können, daß er unter dem Überblick für seine Ueberzeugung habe im Gefängnis sitzen können, der andere markiert den „ollen ehrlichen Seemann“, der bei allen seinen Handlungen nur die Interessen seiner Anhänger im Auge habe. Alle zusammen aber legen Leimruten, auf die ihre Nachläufer dann auch mit der erwarteten Unbefangenheit kriechen.

Wie schamlos diese Gesellschaft arbeitet, dafür ist uns in diesen Tagen ein Muster geliefert worden, aus dem unsere Mitglieder erkennen werden, daß es eine Verständigung mit den Separatisten nicht geben kann, weil die führenden Geister unter diesen entsprechend dem Moskauer Diktat die Zerstörung unserer Gewerkschaft als nächste Aufgabe durchführen müssen. Vor uns liegt ein Originalbrief, datiert vom 27. Fe-

bruar, an einen uns nicht bekannten Adressaten. Die Einleitung des Briefes läßt erkennen, daß er nur an das frühere Mitglied Czerny gerichtet sein kann, da nur dieser in der Hauptsache mit den hier berührten Anfordrungen zu tun hatte. In dem Brief heißt es:

„Auf Dein wertiges Schreiben vom 20. Februar teile Dir mit, daß ich keine Nachträge mehr auf-treiben kann, es sind keine mehr vorhanden, ich will versuchen, von Unternehmern welche zu bekommen, wenn nicht, so müßt ihr Durchschläge machen lassen. Ich habe Gabbey 4 Stück mitgegeben, die wirst Du wohl erhalten haben.“

Zur Situation: Wenn Euch viel an unserer Hilfe gelegen ist, müßt Ihr uns auch einmal einen Bericht zugehen lassen. Die drei Punkte, sowie die Resolution haben wir bis heute noch nicht, es wird höchste Zeit, unsere Leute wollen handeln, je länger es dauert, um so schwächer wird die Kraft. Die Hefche sind so unsicher vor der Entscheidung, daß sie die Vorschläge zur W. bis 4. März hinausgeschoben haben. Wie Dir bekannt, läuft ein Schreiben Petrit an den W., welches bis zum 1. März beantwortet sein soll. Es wird jedenfalls unbeantwortet bleiben. Für uns gibt es dann nichts weiter als Beitragsperre. Zum Unglück ist aber am 10. März die Generalversammlung, ich weiß nun noch nicht, ob vor oder in der Generalversammlung der Beschluß gefaßt wird, es bleibt ja gleich, aber mit der Sperre der Beiträge und durch die Besetzung der Gelder mühten auch wir uns loszulegen vom W., um somit Verbindung mit Euch aufzunehmen. Ich stehe auf dem Standpunkt, noch ehe der W. seine Finanzen in Ordnung bringt, mühten wir verschunden sein. Die Vorkittel, Unterstützungen usw. vom W. würden uns einen Teil der Kollegen nehmen. Berichte vom Reich fehlen uns noch, wenn Eure Arbeit in Berlin fruchtbringend sein soll und ihr Interesse am Nachkommen anderer Zahlstellen habt, dann feste nachhelfen, allein seid ihr verloren. Ich habe gedacht, daß durch die Konferenz in Berlin Ausschüsse hier erfolgten, aber weit gefehlt, daß stört die Hefche gar nicht, obwohl er es weiß.

Wir müssen andere Mittel erfinden.

Ich denke, ein Flugblatt zur Beitragsperre, unterschrieben von führenden Kollegen, wird etwas nachhelfen. Wo bitte etwas schneller, in 14 Tagen ist die Entscheidung bei uns getroffen. Für heute alles.

Mit kollegialem Gruß an alle Kollegen

Artur Kollrich.

Zunächst zeigt dieser Brief des Leipziger Kollegen Kollrich, daß die nachsichtige Haltung der Verbandsleitung gegenüber dem gewerkschaftszertörenden Verhalten der Separatisten diesen äußerst ungenügend ist. Sie müssen „andere Mittel erfinden“, um die Verbandsleitung zu weiteren Ausschüssen zu treiben. Kollrich fühlt selbst, daß seine Arbeit auf Zerlegung auch unserer Leipziger Zahlstelle wahrscheinlich vergeblich sein dürfte, und darum sucht er nach Mitteln, die diesen Zweck fördern. Nachdem die Teilnehmer an einer Berliner Separatistenkonferenz zum Leidwesen Kollrichs nicht ausgeschlossen wurden, muß er jetzt andere Ausschlußgründe konstruieren. Ein Flugblatt zur Beitragsperre, unterschrieben von einer Reihe führender Leipziger Mitglieder, soll diesem Zweck dienen. Kollrich hofft, daß dann gegen die Unterzeichner des Flugblatts vorgegangen wird. Dann hat er den gesuchten Anstoß, um auch in Leipzig einen Proteststurm zu entfesseln.

Der Brief zeigt jedem, der lesen will, daß die Separatisten einig bemüht sind, solche Ausschlußgründe zu erfinden, „um etwas nach zu helfen“. Die Separatisten brauchen Agitationsstoff und da sie diesen aus der toleranten Haltung der Verbandsleitung nicht schöpfen können, deshalb erfinden sie irgendeine Lumperei, um neue Ausschüsse zu provozieren und damit weitere Anhänger für sich einzufangen. Wenn diejenigen, die auch in Leipzig so sehr stark mit den Ausgeschlossenen sym-

pathisieren, diese Zusammenhänge der Dinge, diese gewollten Provokationen noch nicht kannten, der Brief Kollrichs wird ihnen zeigen, in welcher schamlosen Art auch sie hinter Nicht geföhrt worden sind und noch werden sollen. Der Brief Kollrichs reißt den Gewerkschaftszertörern die Maske vom Gesicht. Kollrich ist heute noch Mitglied unseres Verbandes und macht in Entrüstung über die erfolgten Ausschüsse. Daß er sich durch sein Verhalten selbst außerhalb unseres Verbandes gestellt hat, daran denkt er nicht, denn auch er will Märtyrer sein und ausgeschlossen werden, damit auch in Leipzig eine Anzahl von unseren Mitgliedern — irreföhrt durch das erbärmliche Treiben dieser Sorte von Arbeitervertretern — unserem Verbande den Rücken kehren und die moskowitzische Organisation stützen helfen. Das ist nicht nur Lumperei, das ist die vollbewußte Preisgabe der Arbeiterinteressen, die heimtückische Auslieferung bewußt und mit Absicht irreföhrt Arbeiter und Arbeiterinnen an Elemente, denen nicht die Hebung der Lebenslage derselben Arbeiterschaft als Leimotiv gilt, sondern die Zerstörung unserer gewerkschaftlichen Organisation.

Ihr Leipziger Mitglieder, gibt es noch mehr solcher Kollrichs, seht euch eure Ceite an und gebt ihnen die allein mögliche Antwort.

Die Gewerkschaftszeitung des ADB.

An Stelle der „Betriebsratzeitung“ und des „Korrespondenzblattes des ADB.“ erscheint seit Jahresanfang die „Gewerkschaftszeitung“. Sie kann bei jeder Postanstalt abonniert werden. Das Postabonnement beträgt monatlich 40 Pf., vierteljährlich 1,20 Mark. Gewerkschaftsmitgliedern zahlt der Verlag gegen Einreichung der Postquittung und eines Organisationsausweises die Hälfte des Abonnementspreises zurück. Zum halben Preise können Gewerkschaftsmitglieder die Zeitung auch bei den Ortsausstellungen des ADB. bestellen, die jeweils gemeinschaftlichen billigen Zeitungsbezugsstellen in den meisten Orten eingerichtet haben. Wo eine größere Anzahl Gewerkschaftsmitglieder die „Gewerkschaftszeitung“ abonnieren wollen, wird sie vom Verlag auch direkt an die Verwaltungsstellen und Ortsgruppen der Verbände als Sammelüberweisung geliefert.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1923 gingen weiter bis zum 3. März 1924 bei der Verbandskasse ein von:

Nürnberg 25 175 613 T., — Bünde 22 443 000 M., Detmold 38 352 799 998 442 M., — Dortmund 129 200 270 M., Düsseldorf 206 508 997 M., Duisburg-Hambro 32 121 596 427 T., Gummersbach-Händeroth 24 804 000 T., Remscheid — M., Wefel — M., Greiz 2 705 000 M., Zimmern 9 485 250 M., Jena 117 000 M., Koburg 200 000 000 T., Langensalza 200 404 822 T., Ruhla 250 000 000 M., — Göttingen 19 951 T., Großenhain 22 671 994 650 T., Gai-nichen 1 020 686 393 T., Oberwiesenthal 49 451 130 M., Zehlig —; Jittau 20 960 000 M., — Freiburg 5 000 200 M., Göttingen 12 500 000 M., Forstheim 263 673 000 M., — Gau Norböhern —, Nürnberg-Nürnberg 422 457 000 M., Bayreuth 250 000 000 M., — Gau Südböhern —.

Die nach dem 31. Dezember 1923 eingezahlten Beiträge kommen erst im ersten Quartal 1924 zur Verrechnung.

M. — Mark. T. — Tausend. M. — Millionen.

Adressänderungen.

B. — Bediensteter. K. — Kassierer.
Bremen. B.: E. Drögenhöfer, Lerhof 55.
K.: J. Niehl, Neuenstr. 16 III.
Dessau. B. und K.: Fr. Reisergerle, Amalienstr. 66a I.
Grünhain. B.: S. Klump, St. Willenstr. 16.
K.: P. Kranz, Ringgasse 7.
Halle a. d. Saale. B.: P. Wittmeier, Mansfelder Str. 7.
K.: H. Vieler, Torstr. 44 II.
Hiel. B.: E. Müller, Hiel-Gaarden, Hielstr. 10.
K.: A. Zahn, Hiel-Gaarden, Johannesstr. 13.
Norböhern i. Th. B.: S. Räumann, Dannebergstr. 1.
K.: A. Romer, Baderstr. 17.
Oberwiesenthal. B.: D. Göppert, Kartonnagenfabrik Zschelter.
K.: J. Kelter, Böhmische Gasse 61.
Pfortheim. B.: E. Beck, Gartenstr. 9.
K.: S. Kühne, Zschmenturmstr. 2.

Verbandsvorstand.